

Lindau und der Hitler-Ludendorff-Putsch vom November 1923

Die vom Ersten Weltkrieg (1914-1918) herrührende Inflation überschlug sich im Herbst 1923 in täglichen Kapriolen. Lindaus Oberbürgermeister Ludwig Siebert notierte hierzu beispielsweise am 1. Oktober 1923 u.a.: „Die Bevölkerung ist niedergeschlagen und verbittert über die wahnsinnige Preisentwicklung, die hier alle Orgien feiert...“.¹ Im Oktober kostete ein einziges Ei bereits 80 Millionen und ein Pfund Kartoffeln 50 Milliarden Mark.² Protestversammlungen, wie jene gut besuchte des Lindauer Gewerkschaftsbundes vom 27. September, erzeugten keine politische bzw.



Unkommentierte Wiedergabe des demagogischen Textes „Hitlers Meinung zur Lage“ des Führers der faschistischen NSDAP, Adolf Hitler, auf der Titelseite der katholisch orientierten Lindauer Volkszeitung in deren Ausgabe vom 22. August 1923 (Ausschnitt). Original im Stadtarchiv Lindau; Repro: Schweizer.

wirtschaftspolitische Wirkung mehr.

Lokal bzw. regional begrenzte Streiks wie beispielsweise jener von Mitgliedern der Arbeiterparteien SPD und KPD organisierte rund um Lörrach im September 1923 brachten nur eine vorübergehende Linderung. Der Biberacher „Göggeles-Migda“ vom 19. September, als kommunistisch orientierte Arbeiter den Wochenmarkthändlern das Geflügel abnahmen und dieses verbilligt verkauften, wurde, obwohl die Händler den Verkaufspreis ausgedingt erhielten, von bewaffneten Kaufleuten und der Polizei unterdrückt.³ Der räumlich isolierte Hamburger Aufstand der dortigen Kommunistinnen

Bekanntmachung!

Beim Stadtrat Lindau ist soeben folgendes Telegramm eingelaufen:

„Durch einen Putsch Ludendorff-Hitler wurde die verfassungsmäßige Regierung für abgesetzt erklärt. Die verfassungsmäßige Regierung besteht weiter. Alle Behörden und Beamte, Polizei und Reichswehr haben den Revolutionären den Dienst zu verweigern. Zuwiderhandlung ist Hochverrat. Bevölkerung ist aufzuklären.“

**Für das gesamte Staatsministerium:
gez. Dr. Matt.“**

Indem ich dies der Einwohnerschaft bekannt gebe, ersehe ich die Gesamteinwohnerschaft und fordere sie auf, Ruhe und Ordnung zu bewahren. Gegen Störung der Ruhe und Ordnung werde die Polizei und der Ordnungsdienst mit unerbittlicher Strenge eintreten.

Lindau, den 9. November 1923.

**Der Vorstand des Stadtrates:
Siebert,
Erster Bürgermeister.**

Das am 9. November 1923 auf Anordnung von Lindaus Bürgermeister Ludwig Siebert gedruckte und im Stadtgebiet aufgehängte Plakat zum Hitler-Ludendorff-Putsch vom gleichen Tag. Original im Stadtarchiv Lindau, Repro: Schweizer.

sar Gustav von Kahr in Bayern den militärischen Ausnahmezustand verhängt. Kahr aber setzte Mitte Oktober den von Reichswehrminister Geßler abgesetzten bayerischen Reichswehrkommandeur von Lossow wieder ein und unterstellte diesem die Reichswehr in Bayern. Von Lossow hatte sich zuvor geweigert, die in München erscheinende zentrale Zeitung der faschistischen NSDAP, den „Völkischen Beobachter“, wegen Beleidigung der Reichsregierung zu verbieten.⁵ Dafür veröffentlichten die katholisch orientierte LINDAUER VOLKSZEITUNG sowie das nationalliberale LINDENBERGER TAGBLATT in ihren Ausgaben vom 22. August bzw. 25. August 1923 einen langen Text des Führers der NSDAP, Adolf Hitler, ohne diesen samt seiner Demagogie inhaltlich zu kritisieren. Beide regionalen Tageszeitungen trugen damit zur scheinbaren „Seriosität“ von dessen Propaganda und Person bei.⁶

Am Freitag, den 9. November 1923 traf beim Bahnhof Lindau-Insel aus München um 5.15 Uhr folgendes Eiltelegramm von Bayerns Staatsminister Dr. Matt ein: „Durch einen Putsch Ludendorff-Hitler wurde die verfassungsmäßige Regierung für abgesetzt erklärt. Die verfassungsmäßige Regierung besteht weiter. Alle Behörden und Beamte, Polizei und Reichswehr haben den revolutionären Dienst zu verweigern. Zuwiderhandlung ist Hochverrat. Bevölkerung ist aufzuklären.“⁷

und Kommunisten vom 23. Oktober war nach drei Tagen von Polizei und Wehrmacht unterdrückt worden.

Die im Oktober 1923 gebildeten „Arbeiterregierungen“ aus Sozialdemokraten (SPD) und Kommunisten (KPD) in Thüringen und Sachsen wurden von Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD) verboten und auf Befehl des nationalliberalen Reichswehrministers Dr. Otto Geßler (DDP) durch Einsatz der Reichswehr („Reichsexekution“ allein in Sachsen durch 60.000 Soldaten) aufgelöst, bzw. zum Rücktritt gezwungen. Geßler zog nach seinem erzwungenen Rücktritt 1928 auf seinen 1918 erworbenen Bauernhof beim Hansenweiher in Lindenberg.⁴ Andererseits hatte Reichspräsident Eberth am 23. September für ganz Deutschland u.a. nach der verfassungswidrigen Machtübernahme durch Staatskommis-

Lindaus Bürgermeister Ludwig Siebert ergänzte dies u.a. um folgenden Text und ließ beides zusammen als Plakat drucken sowie in der Inselstadt aufhängen: „Indem ich dies der Einwohnerschaft bekannt gebe, ersuche ich die Gesamteinwohnerschaft und fordere sie auf, Ruhe und Ordnung zu bewahren...“. In einer zusätzlichen Aktennotiz hielt Siebert noch fest: „Die Telefonleitungen sind gestört. Die Reichsbahndirektion Stuttgart hat den ganzen Verkehr von Württemberg gegen Bayern eingestellt. Von Bayern aus wird der Verkehr gegen Württemberg nur bis zur Grenze geleitet. Der Standortälteste Schobert teilt fernmündlich mit, dass die Garnison mit dringendem Telegramm nach München abberufen sei...“.⁸



Kopf der Lindauer Volkszeitung vom 10. November 1923 mit der Titelgeschichte zum Hitler-Ludendorff-Putsch vom Vortag. Original im Stadtarchiv Lindau, Repro: Schweizer.

Um 4.20 Uhr nachmittags erreichte dann noch folgendes Telegramm der Regionalregierung in Augsburg den Lindauer Stadtrat: „Schärfste Personenkontrolle der bayerischen Grenze – Ausreisende Mitglieder der nationalsozialistischen Partei und von ‚Oberland‘ festnehmen – Ludendorff, Hitler, Poehner, Kriebel, Scheubner, Richter, Röhm und Hühnlein wo betroffen festnehmen – Kreisregierung.“⁹

Darüber hinaus wurden von württembergischer und badischer Seite aus der Schiffs- und Telegraphenverkehr mit Bayern vollständig eingestellt sowie keine Zeitungen von dort nach Bayern geliefert.

Da die damaligen Lindauer NS-Faschisten, die hiesigen „Nazis“, in der Stadt nicht für den Putsch aktiv wurden, konnte Bürgermeister Siebert fünf Tage später nach Augsburg melden: „Die Ereignisse in München vom 9. dieses Monats haben auch in Lindau in der Öffentlichkeit lebhafteste Anteilnahme gefunden. Zu irgendwelchen Störungen der Ruhe und Ordnung ist es nicht gekommen.“¹⁰ Einzelne Lindauer Nazis waren aber offensichtlich aktiv am Putsch beteiligt und dazu bereits zuvor nach München gereist. So schrieb beispielsweise der Aeschacher Hafnermeister Emil Bogdon, 1922 Lindauer NSDAP- und SA-Gründungsmitglied, im Jahre 1937: „Weil ich nach dem Hitlerputsch in die Schweiz flüchten musste und dort ein Jahr verblieb, um nicht untätig im Gefängnis zu schmachten.“¹¹

Im Gegensatz hierzu, im Westallgäu war bereits der erste Schnee gefallen, wollten einige NSDAP-Mitglieder aus Lindenberg am 9. November zum Putsch hinzustoßen. Doch bereits auf dem Bahnhof Röthenbach machten sie wieder kehrt, da sie dort von den Stationsmitarbeitern erfahren hatten, dass der Münchner Staatsstreich inzwischen niedergeschlagen und damit gescheitert war.

Über Letzteres drückte Lindaus Verfasser der handschriftlichen Stadtchronik bezeichnenderweise leichtes Bedauern aus: „9. November. Der Münchner Putsch des Führers der Nationalsozialistischen Partei, Hitler, erregt auch hier die Gemüter stark. Sein Verlauf drückt den vaterländisch Gesinnten tief darnieder...“.¹²

stadtrat Lindaubodensee

Bayerische Telegraphenanstalt

Lindau i. B.

Telegramm aus Augsburg d 27 9/11 9/20 v = 16.20 Uhr

schaerfste personenkontrolle der bayrischen grenze ausreisende mitglieder der nationalsozialistischen und oberland festnehmen Ludendorff hitler poehner kriebel scheubner richter roehm und huehnlein wo betroffen festnehmen = kreisregierung +

D 57. 1923

Telegramm der „Regierung von Schwaben und Neuburg“ in Augsburg an den Lindauer Stadtrat vom 9. November 1923 um 16.20 Uhr. Original im Stadtarchiv Lindau; Repro: Schweizer.

In der Folge verbot die Regierung sowohl die NSDAP als auch die Kommunistische Partei. Im nun neu gegründeten „Völkischen Block“ arbeiteten auch die Lindauer NSDAP-Faschisten daraufhin bis zur Aufhebung des NSDAP-Verbots im Februar 1925 politisch weiter.

Die rasende Preisinflation aber wurde erst mit der Einführung eines neuen Geldes in Deutschland beendet. Siebert notierte hierzu am 15. Dezember 1923 u.a.: „Die Einführung der Rentenmark hat auch hier beruhigend gewirkt, wobei es allerdings nunmehr Jedermann endlich zum Bewusstsein zu kommen beginnt, wie arm das deutsche Volk geworden ist...“.¹³

Bis zur Wiedezulassung der NSDAP 1925 als Partei war deren Führung dazu übergegangen, ihre bisherige putschistische Machteroberungsstrategie ad acta zu legen. Nun sollten im parlamentarischen Rahmen die Staatsorgane wie Polizei, Militär, Justiz, Bildungswesen und Verwaltungsapparat mit NS-Anhänger/-innen verstärkt infiltriert sowie parlamentarische Mehrheiten bei den Wahlen gewonnen werden.

Nachdem Lindaus Bürgermeister, ab 1928 Oberbürgermeister; Ludwig Siebert; sich bereits 1924 vorübergehend überlegt hatte, in die damals kurzfristig verbotene NSDAP einzutreten, tat er dieses zusammen mit dem ältesten seiner Söhne, Friedrich, zum Jahresbeginn 1931, und trat sogleich auch der SA bei, Sohn „Fritz“ der SS. Siebert Ludwig wurde damit 1931 mit der Mitgliedsnummer 356.673 Bayerns erster NS-Oberbürgermeister und stellte sich der faschistischen Bewegung als prominenter Wahl- und Propagandaredner zur Verfügung.

Zu seiner ausverkauften ersten Lindauer NS-Propaganda-Veranstaltung am 27. Januar 1931 im städtischen Theatersaal hatten Menschen jüdischen Glaubens ausdrücklich keinen Zutritt. Siebert beschrieb seine demokratiefeindlichen Ziele dabei u.a. wie folgt: „Politisch durch Beseitigung des parlamentarischen Systems und im Bedarfsfalle der Aufrichtung einer vorübergehenden Diktatur“.¹⁴

© Karl Schweizer, November 2023, www.edition-inseltor-lindau.de

Fußnoten, Quellenangaben:

¹ Wochenbericht des Bürgermeisters als Vorstand des Stadtrates Lindau vom 1.10. 1923 an das Präsidium der Regierung von Schwaben und Neuburg, Stadtarchiv Lindau, Sign.: BII-93-9.

² Kunstamt Kreuzberg (Hrg.), „Weimarer Republik“ (Ausstellungskatalog), Berlin/BRD 1977, S. 665ff.

³ Hartwig Abraham/Martin Gerster, „Die Geschichte der Sozialdemokratie in Biberach 1874 – 1999“, Biberach 1999, S. 101ff.

⁴ Hermann Stoller, „Reichswehrminister Dr. Otto Geßler“ in Andreas Kurz (Hrg.), „Jahrbuch des Landkreises Lindau 2006“, Aulendorf 2006, S. 26ff; Stadt Lindenberg (Hrg.), „100 Jahre Stadt Lindenberg 1914-2014“, Lindenberg 2014, S. 35f; https://de.wikipedia.org/wiki/Otto_Geßler, aufgerufen am 18.10. 2023.

⁵ Kunstamt Kreuzberg (Hrg.), „Weimarer Republik“ (Ausstellungskatalog), Berlin/BRD 1977, S. 666f.

⁶ „Hitler über den Zukunftsstaat“ in Lindauer Volkszeitung vom 22. August 1923 und Lindenerger Tagblatt vom 25. August 1923.

⁷ „Telegramm: München 9. November 5.15 Vorm.“, in „Bekämpfung staatsgefährdender Umtriebe, Band VI, angefangen 1923“, Stadtarchiv Lindau, Sign.: BII-93-10.

⁸ Aktennotiz Siebert vom 9.11. 1923, in „Bekämpfung staatsgefährdender Umtriebe, Band VI, angefangen 1923“, Stadtarchiv Lindau, Sign.: BII-93-10.

⁹ Telegramm und Telegrammnotiz Siebert, 9.11. 1923, 4.20 Uhr nachmittags, in „Bekämpfung staatsgefährdender Umtriebe, Band VI, angefangen 1923“, Stadtarchiv Lindau, Sign.: BII-93-10.

¹⁰ Wochenbericht Ludwig Sieberts vom 14.11. 1923 an die Regierung von Schwaben und Neuburg in Augsburg“ in „Allgemeine Volksstimmung 1922-1931“ Band 4, im Stadtarchiv Lindau, Sign.: BII-93-9.

¹¹ Brief Emil Bogdons vom 21. Juni 1937 an den NSDAP-Kreisleiter und Gauinspekteur Toni Plankenstein in Dornbirn im Archiv des Landgerichtes Feldkirch „Sondergericht Feldkirch“, Sign.: LGF Vr301/38, Kopie in der Sammlung Schweizer, Lindau.

¹² „Chronik der Stadt Lindau 1890-1944“, S. 476, Stadtarchiv Lindau, Sign.: Lit 50.

¹³ Wochenbericht Ludwig Sieberts vom 15.12. 1923, in „Allgemeine Volksstimmung 1922-1931“ Band 4, im Stadtarchiv Lindau, Sign.: BII-93-9.

¹⁴ Lindauer Tagblatt vom 17. Januar 1931.